



Zufriedene Verhandler sehen anders aus als Erich Foglar und Christoph Leitl.

BILD: SN/APA/H. FOHRINGER

Sozialpartner waren nicht flexibel genug

Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit wurde auf die lange Bank geschoben. Geeinigt hat man sich hingegen darauf, dass bis 2020 alle Arbeitnehmer zumindest 1500 Euro brutto verdienen sollen.

WIEN. Der 30. Juni 2017 hätte ein Tag werden können, an dem die Sozialpartner die Chance hatten, ein Signal der Stärke auszusenden. Stattdessen mussten sich die vier Präsidenten von Gewerkschaft sowie Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammer – Erich Foglar, Christoph Leitl, Rudolf Kaske und Hermann Schultes – eingestehen, dass sie gescheitert sind. Und zwar an der Aufgabe, einen Konsens über flexiblere Arbeitszeiten zu erzielen.

Gereicht hat es lediglich für die Einigung auf einen Stufenplan zur schrittweisen Umsetzung der politischen Forderung nach einem Mindestlohn für alle Arbeitnehmer von 1500 Euro brutto pro Monat. Der soll bis zum Jahr 2020 in allen Kol-

lektivverträgen verankert sein. Dass die Arbeitnehmer ihre Forderung durchgebracht haben, aber die Arbeitgeber die von ihnen gewünschten flexibleren Arbeitszeiten nicht bekommen, sieht Leitl nicht als Niederlage. „Das muss man sportlich sehen, man kann nicht alles gewinnen. Auch ein Unternehmen bekommt nicht jeden Auftrag, um den es sich bewirbt.“ Ob das die von ihm vertretenen Unternehmen auch so sportlich nehmen, ist abzuwarten.

Über die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit soll weiter verhandelt werden – einen Zeitplan oder eine Frist, bis zu der man sich einigen will, gibt es aber nicht. „Aber das bleibt auf der Agenda“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar.

Die Wirtschaft hatte bekanntlich bei Vorliegen einer Gleitzeitvereinbarung 12 Stunden tägliche Höchst- arbeitszeit (unter Beibehaltung der wöchentlichen Obergrenze von 48 Stunden) gefordert. Damit stieß sie bei Gewerkschaft und Arbeiterkammer auf Widerstand, die mit der Forderung nach der sechsten Urlaubswoche für alle konterten.

Das war für die Wirtschaft unannehmbar, was Leitl so formulierte: „Wir wollen keine Urlaubsregelung wie die Beamten. Und wir wollen keine Arbeitszeitverkürzung.“ Eine sechste Urlaubswoche gibt es derzeit nur für Arbeitnehmer, die 25 Jahre lang beim selben Dienstgeber beschäftigt sind, und seit dem Jahr 2011 für alle Beamten beim Errei-

chen des 43. Lebensjahres. AK und ÖGB wollten so wie bei der Abfertigung neu, dass der Arbeitnehmer den erworbenen Urlaubsanspruch zum nächsten Arbeitgeber im Rucksack mitnehmen kann. Wirtschaft und Industrie hatten argumentiert, dass dies die Betriebe einige Hundert Millionen Euro kosten würde.

Woran die Gespräche konkret scheiterten, blieb offen. „Wir waren sehr nahe an einer Einigung“, sagte Leitl. Er vermutet, dass innenpolitische Überlegungen im Hinblick auf den Nationalratswahlkampf einer Einigung im Wege standen.

ÖGB und Arbeiterkammer freuen sich, dass mit dem Mindestlohn eine langjährige Forderung erfüllt wird. Beifall für die Sozialpartner

kam auch von Bundeskanzler Christian Kern. Und Bauernvertreter Schultes verteidigt die Lösung, weil sie für die meisten Erntehelfer eine deutliche Einkommenssteigerung bedeute. Allerdings hatten die Obstverarbeiter zuletzt gewarnt, die gestiegenen Kosten würden sich in höheren Preisen niederschlagen.

Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung, zeigte sich vom Ergebnis enttäuscht. „Eine einseitige Einigung beim Mindestlohn, die heimische Unternehmen bis zu 900 Mill. Euro kostet, ist ohne zeitgemäße und faire Arbeitszeitregelung unverständlich.“ Die Grünen finden Gefallen am Kompromiss, aus Sicht der Neos sind die Sozialpartner gescheitert. **wie**

Mehr Geld für Aufsichtsräte gefordert

SALZBURG. Aufsichtsräte werden oft unter ihrem Wert geschlagen, ihr Arbeitsaufwand und ihre Verantwortung unterschätzt. Bis zu 30 Sitzungen im Jahr können es samt Ausschüssen schon sein. Das ist laut Werner Hoffmann, Professor an der Wirtschaftsuniversität in Wien, „eine teils erhebliche Belastung“. Die Bezahlung dafür sei bei uns deutlich niedriger als im Ausland, obwohl der Aufwand in den letzten zehn Jahren stärker gestiegen sei als die Vergütung, sagt Hoffmann.

Auch die Mehrheit von mehr als 100 befragten Aufsichtsräten börsennotierter und nicht börsennotierter Unternehmen hält die Höhe der Vergütungen für zu niedrig, konkret 55 Prozent. Nur ein Viertel (26 Prozent) sieht sie als „angemessen“ an. Das ergab eine Onlinebefragung im Frühjahr für den am Freitag vorgestellten „3. Österreichischen Aufsichtsrats-Monitor“ der B&C Industrieholding, die Mehrheiten an den Konzernen Lenzing, Semperit und Amag hält.

Eine Koppelung der Aufsichtsratsvergütung an den Unternehmenserfolg wollen 50 Prozent der befragten Aufsichtsräte nicht. Derselben Meinung ist auch Hoffmann, der Vorstand des Instituts für Strategisches Management an der Wirtschaftsuniversität Wien ist. Vor allem sollte es keine Koppelung an den jeweils

vorjährigen Gewinnerfolg geben – wenn überhaupt, dann eine Verknüpfung mit der längerfristigen Kapitalmarkt-Performance, sagt er. Auch hält es Hoffmann für logisch, dass Kontrollgremium und Vorstand nicht gleichgeschaltet sein sollten. Im Vorjahr hätten zwei Drittel der befragten Vorstände durchaus eine Koppelung ihrer Gagen an den Unternehmenserfolg begrüßt.



„Das ist eine erhebliche Belastung.“

Werner Hoffmann, Uni-Professor

53 Prozent der Kontrollre erklärten, es gebe zu wenige Frauen in den Aufsichtsräten – noch ehe der Gesetzgeber jetzt einen mindestens 30-prozentigen Frauenanteil für diese Gremien bei börsennotierten Firmen sowie Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten vorgeschrieben hat. 78 Prozent der befragten Aufsichtsräte hielten karrierefördernde Maßnahmen für besser als eine Quote. 49 Prozent meinten, die Frauenquote schade dem Image von Frauen in Führungspositionen. 18 Prozent meinten sogar, das Gesetz könne zu einem Börsenrückzug von Unternehmen führen. **SN, APA**

Die Schmidt Holding macht Salzburg bald noch schöner

Eines der führenden heimischen Familienunternehmen eröffnet in Salzburg eine neue Niederlassung. Perfekte Sauberkeit für gehobene Ansprüche.

Seit Jahrzehnten gehört der oberösterreichische Familienbetrieb zu den führenden Reinigungsunternehmen. Nun folgt der lang erwartete Schritt Richtung Westösterreich.

Gerade in einer Kulturhochburg wie Salzburg spielen Sauberkeit und Hygiene eine unbestritten hohe Rolle für die Lebensqualität der Menschen.

Ob im Tourismus, in großen Kongresshäusern oder auf den Bühnen der Welt – überall bedarf es eines besonders hohen Verantwortungsbewusstseins für exzellente, aber leistbare Qualität.

Ein Familienbetrieb mit sozialen Werten und wirtschaftlichem Erfolg Bekannt geworden ist die aus Ried im Innkreis stammende Unternehmerfamilie nicht nur als Marktführer bei Gesundheitseinrichtungen wie Kran-



Maximilian E. Schmidt jun., Edda M. Schmidt, Wenzel Schmidt, CEO der Schmidt Holding, und Geschäftsführer Dipl. BW Karl Dauerböck, MBA (v. l.). BILD: SN/L. PROKOP

kenhäusern, Thermen und Seniorenheimen, sondern vor allem auch durch ihr überregionales Engagement in soziale Einrichtungen. Dem Gesundheitswesen gebührt eine besondere Zuwendung – die Lebenshilfe etwa oder die Clinic Clowns profitieren seit Jahren vom sozialen Gewissen der Schmidts, ein selbst initiiertes Therapieprogramm hilft körperlich beeinträchtigten Kindern.

Vom Ein-Mann-Betrieb zum Arbeitgeber für über 1000 Menschen

Beachtlich ist auch die Erfolgsgeschichte des Unternehmens. „Als sich meine Frau und ich selbstständig machten, 1983 war das, da standen wir noch recht allein auf weiter Flur mit unserem Verständnis von Sauberkeit als ganzheitlichem Thema für Mensch und Natur. Heute gelten wir als Vorbild der

Branche“, erzählt Gründer Wenzel Schmidt.

Heute zählt die Firma über 1000 Mitarbeiter, aus dem Zwei-Personen-Betrieb wurde ein Kompetenzzentrum, das alle denkbaren Bereiche des Gebäudemanagements abdeckt. „Viele unserer Kunden schätzen, dass wir im Vergleich zu großen Konzernen nach wie vor überschaubar geblieben sind, aber trotzdem die Verlässlichkeit & Qualität eines Marktführers bieten“, so Edda M. Schmidt. Die bunt gemischte Kundenstruktur gibt den beiden recht, in Salzburg dürfte die Erfolgsstory weitergehen.

Infos:

www.schmidt-reinigung.at



ANZEIGE